

ABFALL AM STAUSEE

Kontraproduktive Reflexe

Tessie Jakobs

An manchen rezenten Reaktionen auf liegen gelassene Abfälle am Stausee werden fragwürdige Haltungen bezüglich Umweltschutz deutlich.

Sommerzeit ist Stauseezeit. Das sehen jedenfalls nicht wenige in Luxemburg lebende Menschen so. Wo sich aber viele Menschen stundenlang in freier Natur aufhalten, ist Abfall zu erwarten.

Und genau dieser veranlasste die Gemeinde Esch-Sauer am 1. Juli zu einem Facebook-Post. „E schéinen an erhuelsamen Dag um Stausee!“ steht dort nur sarkastisch. Die Fotos sollen für sich sprechen: aufeinandergestapelte leere Verpackungen, Tüten, Becher, Flaschen, Dosen und benutzte Einweg-Grillbleche mitten auf einer Wiese und neben einem Abfallcontainer. Der Beitrag wurde bisher über 900-mal geteilt und erhielt zusammengekommen rund 250 Wut- und Trauer-Emojis. Das Thema erhitze offensichtlich die Gemüter.

Die Bilder bieten in der Tat keinen schönen Anblick. Wie viel angenehmer wäre es doch, makellos saubere Wiesen und nicht überfüllte Abfalleimer auf den Bildern zu sehen. Schwer nachzuvollziehen, wie Menschen in freier Natur Dinge, die sie nicht mehr brauchen, einfach so liegen lassen können. Es scheint davon ausgegangen zu werden, dass jeden Abend spezifisch dafür vorgesehene

Gemeindearbeiter*innen vorbeikommen und den ganzen, verstreuten Müll aufsammeln.

Eines ist klar: Niemand ist pro Abfall. In der öffentlichen Diskussion wird vor allem über Müll im Meer, selten aber über solchen im ländlichen oder städtischen Raum gesprochen. Das hat damit zu tun, dass das Problem dort auch weitaus größer ist. Jedes Jahr landen acht Millionen Tonnen Plastik im Meer. Laut einem 2015 publizierten Bericht von Ocean Conservancy und McKinsey Center for Business and Environment sind Thailand, China, Indonesien, die Philippinen und Vietnam für 60 Prozent davon verantwortlich. Was vor allem damit zu tun hat, dass zahlreiche Länder – auch Luxemburg – einen nicht geringen Prozentsatz ihres Plastikmülls an diese Länder verkaufen.

Littering, also achtlos weggeworfener Abfall, an Straßenrändern, auf Wiesen, in Wäldern und Flüssen hat zwar weniger dramatische Folgen für Tier und Natur, dafür ist er aber deutlich sichtbarer. Studien zufolge wirkt sich dieser Abfall negativ auf das persönliche Wohlbefinden und Sicherheitsgefühl aus.

Bei den Facebook-Kommentaren wird deutlich, dass die Meinungen in manchen Detailfragen auseinandergehen. Die einen beschwerten sich, dass es am Stausee noch nie so ausgesehen habe, andere behaupten, dass dort schon seit Jahrzehnten zur Som-

mersaison Mülldeponien anzutreffen seien; manche geben den Jugendlichen an allem die Schuld, andere zweifeln daran, dass es bezüglich der Abfallproduktion einen Unterschied zwischen den Generationen gibt. Eine Userin äußert die Ansicht, Müll müsse mit nach Hause genommen und dort entsorgt werden. Andere kritisieren, dass vor Ort nicht ausreichend Müllbehälter vorgesehen seien.

Wer ist Schuld?

Auch wenn sich in den meisten Kommentaren über diese spezifische Situation aufgeregt wird, so lassen sich darin generelle Haltungen bezüglich Umweltschutz erkennen. Eine davon besteht in der Fokussierung auf individuelles Fehlverhalten. Bezeichnenderweise regen sich nur wenige über die Existenz von Kunststoffverpackungen per se oder den offensichtlichen Mangel an Mülltonnen auf.

Viele Kommentare erinnern an negative Reaktionen auf die erste Fridays for Future-Demo. Auch hier dominierten mangelndes Bewusstsein dafür, dass es nicht nur rechtens, sondern sogar erwünscht ist, Dreck neben Abfalleimer zu stellen, falls diese überquellen. Und besonders besorgniserregend: Jugendfeindlichkeit. Diese kommt mittlerweile scheinbar jedes Mal zum Vorschein, wenn sich an einem Ort, an dem sich auch junge Menschen aufhalten, Müll ansammelt.

„Ed as einfach traurig Freides ginn se vir eng besser Welt an Klima asw protestéieren an de Weekend hun se all hier gut Viirsätz vergiess“, kommentierte eine Userin unter den Post der Gemeinde Esch-Sauer. Wie diese Person darauf kommt, dass der abgebildete Dreck von Klimaaktivist*innen verursacht wurde, sei einmal dahingestellt. Doch woher kommt das Bedürfnis, mit dem Finger auf Menschen zu zeigen, die sich für eine bessere Welt engagieren? Wieso wird von ihnen erwartet, dass sie sich in jeder Hinsicht perfekt verhalten?

Die Youth for Climate-Bewegung setzt sich unter anderem dafür ein, dass umweltschonende Alternativen zugänglicher werden. Zurzeit kostet es nämlich immer noch zu viel Geld, Energie und Vorausplanung zero waste und bio-vegan zu leben. Das können sich viele schlicht nicht leisten. Die Vorstellung, dass jeder Mensch gleichermaßen zu einem umweltschonenden Lebensstil überwechseln kann, zeugt demnach von mangelndem Bewusstsein für Privilegien.

Wenn Klimaaktivist*innen aus Ressourcenmangel auf einen Salat im Plastikbehälter zurückgreifen, ist das kein Widerspruch: Es ist vielmehr einer von zahlreichen Missständen, gegen die angekämpft wird. Ein kurzer Blick in hiesige Supermärkte reicht, um sich der Omnipräsenz von Kunststoffverpackungen zu vergewissern. Riesenkonzerne wählen Verpa-



Viele Menschen stören sich vor allem an Umweltverschmutzung, die sie mit bloßem Auge sehen.

ckungsmethoden mit Blick auf einen möglichst hohen Profit. Plastikverpackungen werden aus kostengünstigem Erdöl hergestellt; auf recycelten Kunststoff zurückzugreifen, lohnt sich meistens finanziell nicht. Davon abgesehen lässt sich Plastik auch nicht unendlich oft wiederverwenden.

Wer sich über den ganzen Müll am Stausee aufregt, könnte sich auch einfach fragen: Wieso sind all diese Produkte in derart viel Kunststoff verpackt? Wie ist es möglich, dass zwischen 2005 und 2018 so viel Plastik produziert wurde wie in der gesamten Zeit davor? Im Prozess von Produktion, Distribution und Konsum ist die letzte Etappe diejenige, über die am meisten geredet wird, aber auch diejenige, wo nur noch Symptombekämpfung möglich ist. Und nicht mal das: Fleißig Müll trennen ändert nichts daran, dass zwei Drittel des Plastikmülls doch verbrannt werden. Ein Teil wird ans Ausland verkauft, etwa nach Malaysia, Thailand oder Vietnam.

Zurzeit leben wir in einer konsumorientierten Wegwerfgesellschaft. Das ist ein strukturelles Problem: Es ist weder die Schuld einzelner Individuen, noch können diese eigenmächtig etwas daran ändern. Ähnliches gilt für den CO₂-Verbrauch. Einzelne Personen können noch so sehr darauf achten, ihren CO₂-Fußabdruck so klein wie möglich zu halten: Laut einem 2017 vom Climate Accounta-

bility Institute herausgegebenen Bericht werden 71 Prozent aller globalen Emissionen von rund 100 Konzernen verursacht. Wenn das 1,5-Grad-Ziel erreicht werden soll, gilt es, den Hebel an dieser Stelle anzusetzen.

Ebenjene Haltung, die Schuld am Klimawandel bei uns selbst und vor allem bei unseren Mitmenschen zu suchen, wird durch eine Politik angetrieben, die Eigenverantwortung verlangt. Bei wiederverwendbaren Einkaufsstützen obliegt es beispielsweise den Konsument*innen, daran zu denken, diese auch tatsächlich wiederzuverwenden. Würde der Kunststoffverbrauch insgesamt reduziert und Konzerne stärker in die Mangel genommen, hätten Konsument*innen dagegen sogar weniger Verantwortung zu tragen: Sie müssten nicht mehr inmitten in Kunststoff verpackter Produkte die wenigen aussuchen, die es nicht sind. Uns wird nahegelegt, dass jede*r einen Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel leisten kann und soll. Dabei steht die Wirkung individueller Verhaltensweisen in keinem Verhältnis zu rechtlich bindenden politischen Maßnahmen.

Konzernen kommt der Fokus auf die Konsument*innen natürlich sehr entgegen und sie kurbeln diesen sogar selbst an, indem sie etwa Müllaufsammelaktionen organisieren oder Produkte als umweltschonend vermarkten, die es eigentlich gar nicht sind. Lobbygruppen wie beispielswei-

se Plastics Europe werden nicht müde zu betonen, dass nicht bestimmte Materialien, sondern schlechtes Abfallmanagement, fehlendes Bewusstsein und Littering die größte Schuld an Umweltverschmutzung tragen.

Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß

Eine Userin wünscht sich, dass der Stausee bald wieder von Blaualgen befallen werde. Dann nehme das dortige Zumüllen endlich ein Ende. Eine recht paradoxe Aussage, ist das gesteigerte Vorkommen von Blaualgen doch auf den Einsatz von Düngungsmitteln zurückzuführen und daneben auch eine direkte Konsequenz des Klimawandels.

Bezüglich der Sorge ums Klima scheint bei vielen vor allem das zu zählen, was mit dem bloßen Auge zu sehen ist. Nur so ist es zu erklären, dass sich über Bierflaschen am Stausee oder ein in Plastik verpacktes Sandwich von Greta Thunberg mehr empört wird als etwa über die Nutzung fossiler Brennstoffe, Flugverkehr oder Massentierhaltung. Vom Schaden, der durch Mikroplastik im Vergleich zu mit bloßem Auge sichtbarem Plastik verursacht wird, gar nicht erst zu reden.

Dass sich mehr darüber aufgeregt wird, was mit bloßem Auge zu sehen ist, zeigt sich auch daran, dass die Empörung über Müll am Stausee

weitaus größer ist als über den Schaden, der in weit entfernten Gegenden entsteht, etwa durch die Produktion von Smartphones und Laptops.

Den zahlreichen Kommentator*innen dies zum Vorwurf zu machen, wäre aber nichts anderes als die Logik der persönlichen Schuldzuweisung anzuwenden. Wichtiger ist es, generell davon wegzukommen. In jeder Hinsicht umweltbewusstes Verhalten darf nicht zu einer Voraussetzung werden, um sich kritisch zur Klimaproblematik äußern zu dürfen. Unter den aktuellen Bedingungen wäre ein solches auch gar nicht möglich: Konsequenz zu Ende gedacht würde das nämlich bedeuten, dass fast nichts mehr konsumiert werden dürfte, da das meiste aufgrund von Produktionsbedingungen oder Transportwege Mensch, Tier und/oder Umwelt in irgendeiner Weise schadet.

Persönlich zum Umweltschutz beizutragen, ist nach wie vor wichtig. Individuen zu tadeln, die das nicht oder nur unzureichend tun, ist, in Anbetracht der Lage, aber nur wenig sinnvoll. Solange kein grundlegender kultureller und sozialer Wandel hin zu einer völligen Zero-Waste-Gesellschaft stattgefunden hat, dient individueller Umweltschutz vor allem der eigenen Gewissensberuhigung. Bewegungen wie Youth for Climate sind gerade wichtig, weil sie den Fokus auf die Notwendigkeit politischer Maßnahmen lenken.